

E-Mail-Newsletter

Nr. 162, 25. November 2010

monatlich | nächste Erscheinungstermine: 13.12. | 17.01.2011

Liebe Mitglieder, Förderer und Interessierte

Kurz nach der Innenministerkonferenz in Hamburg und kurz nach unserem Flüchtlingsrats-Plenum vom 20. November können wir Ihnen aktuelle und, wie wir hoffen, interessante Neuigkeiten berichten. An dieser prominenten Stelle wollen wir Sie schon auf den nächsten interessanten Tagungstermin hinweisen: Am 21. und 22. Januar 2011 laden wir als Mitveranstalter zu der Tagung "Flüchtlingsschutz in Deutschland" in die Evangelische Akademie Bad Boll ein. Mehr Informationen finden Sie bei den Terminen. **Das nächste Plenum des Flüchtlingsrats ist am 2. April 2011** - auch diesen Termin können Sie sich gerne schon vormerken!

Übersicht über die Inhalte des Newsletters:

- **1. FLÜCHTLINGSARBEIT IN BADEN-WÜRTTEMBERG** Neues vom Flüchtlingsrat / Berichte aus den Regionen / Pressedoku / sonstige Informationen
 - Bericht vom Plenum am 20. November / Dokumentation der Ergebnisse
 - Presseerklärung zur Innenministerkonferenz
 - Pressekonferenz zur Residenzpflicht in BaWü am 10. Dezember
 - Studie zu den Aufnahmebedingungen in der Landesaufnahmestelle im Rahmen des EFF-Projekts
 - Aufhebung der Wohnpflicht im Lager für nigerianischen Flüchtling
 - Kosovo-Abschiebungen: Protestaktion am 18. November am Baden-Airpark
 - Save-Me-Kampagne: Gemeinderatsbeschluss in Lörrach
 - In der Presse
- **2. THEMEN & INFORMATIONEN** Informationen zur Asyl- und Flüchtlingspolitik BaWü / BRD / EU
 - Neue Bleiberechtsregelung: Vorschlag der Innenministerkonferenz
 - AsylbLG: Regierung will Regelsätze überprüfen
 - Residenzpflicht: Gesetzentwurf der Bundesregierung
 - Botschaftsvorfürungen Sierra Leone
 - Dublin II: Verfahren am Bundesverfassungsgericht
 - Charter-Abschiebungen nach Vietnam
 - Materialien: Aktuelle Zeitschriften und Broschüren
 - Der aktuelle Pro Asyl Newsletter
- **3. AKTUELLE TERMINE** Lokale und landesweite Veranstaltungen und Aktionen / Überregionale Tagungen etc.

Unsere bisherigen Newsletter finden Sie auf unserer Website unter ["Archiv / E-Mail-News"](#) sowie viele weitere (aktuelle) Informationen.

Wenn Sie den Newsletter abbestellen wollen, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an info@fluechtlingsrat-bw.de.

Wenn Sie uns als Mitglied oder SpenderIn (sofern Sie dies noch nicht sind) aktiv unterstützen wollen, finden Sie das entsprechende [Formular](#) ebenfalls auf unserer Website.

Und nun viel Spaß beim Lesen wünschen
Vorstand und Geschäftsstelle

1. FLÜCHTLINGSARBEIT IN BADEN-WÜRTTEMBERG

VERANSTALTUNGEN | FLÜCHTLINGSRAT BW

Landesweite Kampagne beginnt! Bericht von der Plenums-Tagung in Stuttgart

Fast 100 Menschen, darunter Flüchtlinge aus Tuttlingen, Sinsheim, Herrenberg, Stuttgart und Biberach, besuchten das Herbstplenum des Flüchtlingsrats am 20. November. Im Mittelpunkt standen die sozialen Lebensbedingungen von Flüchtlingen in Baden-Württemberg: Aufnahmebedingungen und Unterbringung, Sozialleistungen (Asylbewerberleistungsgesetz!), Residenzpflicht und die Situation besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge. In ihrem [Impulsreferat](#) stellte Angelika von Loeper Forderungen des Flüchtlingsrats zur Landtagswahl 2011 vor. Diese wurden in den anschließenden Arbeitsgruppen im Detail diskutiert und in die Podiumsdiskussion am Nachmittag eingebracht. Dort diskutierten Dieter Kleinmann (MdL FDP aus Rottweil), Nikolaos Sakellariou (MdL SPD aus Schw. Hall) und Muhterem Aras (Fraktionsvorsitzende Grüne Stuttgart, Landtagskandidatin) mit Vertretern des Flüchtlingsrats und mit dem Publikum über den Verbesserungsbedarf bei der Politik gegenüber Flüchtlingen in Baden-Württemberg. Die Veranstaltung war der Auftakt zu einer Kampagne gegen die Ausgrenzung von Flüchtlingen in Baden-Württemberg. Von Herbst 2010 bis Sommer 2011 will der Flüchtlingsrat mit Veranstaltungen und Aktionen die Diskriminierung von Flüchtlingen durch Unterbringung, AsylbLG und Residenzpflicht auf die Tagesordnung setzen. Mit einem demnächst erscheinenden Aufruf und einem Forderungspapier an Parteien und Regierung sollen Verbesserungen eingefordert werden. Da Umfragen nach wie vor einen Regierungswechsel im nächsten Frühjahr voraussagen, stehen auch die Chancen für eine bessere Asyl- und Flüchtlingspolitik im Ländle derzeit gut. [\[Weiter zur Dokumentation des Plenums\]](#)

PRESSEARBEIT | FLÜCHTLINGSRAT BW

17.11.2010 PRESSEMITTEILUNG ZUR INNENMINISTERKONFERENZ IN HAMBURG | BLEIBERECHT

Flüchtlingsrat fordert großzügiges Bleiberecht für Flüchtlinge statt Selektion nach Nützlichkeitskriterien

Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg begrüßt den Vorstoß der Bundesländer Niedersachsen und Hamburg für eine gesetzliche Bleiberechtsregelung zugunsten geduldeter Flüchtlinge: *"Die vom niedersächsischen Innenminister vorgeschlagenen Voraussetzungen sind aber inakzeptabel"*, so Angelika von Loeper, Vorsitzende des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg. ... *"Es ist unerträglich, wenn die Innenminister sich Kinder und Jugendliche nach Nützlichkeitskriterien aussuchen, während die Abschiebungen ins Kosovo weiterhin auf der Agenda bleiben."* ... Derzeit warten bundesweit 86.000 aufenthaltsrechtlich Geduldete auf eine dauerhafte Bleiberechtsregelung, davon 9.234 in Baden-Württemberg (Quelle: Ausländerzentralregister 30.6.2010) Es ist an der Zeit, dass diese Menschen nach Jahren der Unsicherheit endlich eine Perspektive in Deutschland erhalten. Zum vollen Wortlaut der Pressemitteilung [\[PDF 84 KB\]](#)

PROJEKTE | FLÜCHTLINGSRAT BW

Flüchtlingsrat in Bleiberechts-Netzwerk

Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg nimmt als einer von 14 Partnern an einem neuen Bleiberechts-Projektverbund teil. Das Projekt wird finanziert aus Mitteln des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) und aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF). Es zielt auf die arbeitsmarktliche und aufenthaltsrechtliche Integration von Flüchtlingen mit Duldungsstatus. Die Laufzeit ist von November 2010 bis Oktober 2013. Träger des dreijährigen Projekts (Nov. 2010 bis Okt. 2013) ist der [Paritätische Baden-Württemberg](#). In dem Nachfolgeprojekt des Stuttgarter Netzwerks [SNEFF](#) werden auch die bisherigen Akteure eines Tübinger Netzwerks (Asylzentrum, Neue Arbeit, Jobcenter) und ein neues lokales Netzwerk aus Pforzheim dabei sein. Die Aufgaben des Flüchtlingsrats werden im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit sowie Organisation von Tagungen und Fortbildungen liegen.

AKTIONEN | KOSOVO-ABSCHIEBUNGEN

Öffentliche Pressekonferenz am Baden-Airpark

Am 18. November 2010 rief das "Bündnis gegen Abschiebungen Baden-Württemberg" eine Pressekonferenz

am Terminal des Baden-Airparks in Söllingen bei Karlsruhe ein. An diesem Tag begann nicht nur in Hamburg die Innenministerkonferenz, sondern es wurde auch per erneuter Charter-Abschiebung in den Kosovo abgeschoben. Der Aufruf zu dieser Aktion ist im Detail auf der Homepage der [Aktion Bleiberecht Freiburg](#) nachzulesen, ein Artikel erschien in den Badischen Neuesten Nachrichten am 19. November. In der [Schwäbischen Zeitung vom 26. November](#) wird über die Abschiebung einer Familie aus Ravensburg berichtet. Die nächste Sammelabschiebung in den Kosovo ist für den 16. Dezember (Termin unbestätigt) zu erwarten, ab Düsseldorf wird bereits am 7.12. abgeschoben. Der auch vom Flüchtlingsrat unterzeichnete Aufruf "Bleiberecht für Minderheitenangehörige aus dem Kosovo", der auf Initiative des Flüchtlingsrats Niedersachsen der Innenministerkonferenz vorgelegt wurde, blieb offensichtlich unbeachtet.



AKTIONEN | Save-Me-Kampagne

Lörrach hat Ja gesagt!

Wie die [Save-Me-Initiative Lörrach](#) berichtet, hat der Lörracher Gemeinderat am 21. Oktober 2010 mit deutlicher Mehrheit die Unterstützung der Save Me Kampagne beschlossen. (19 Ja Stimmen, 6 Nein Stimmen (hauptsächlich CDU Räte) und 4

Enthaltungen). Der Beschluss lautet: 1. Der Gemeinderat der Stadt Lörrach begrüsst die "Save-me" - Kampagne, um schutzbedürftige Flüchtlinge aufzunehmen und zu integrieren. Die Stadt Lörrach unterstützt mit diesem Beschluss die Bemühungen der Initiative, das vom UN-Flüchtlings-Hochkommissariat (UNHCR) eingerichtete Programm "Resettlement" auch in der Bundesrepublik Deutschland umzusetzen. 2. Die Stadt Lörrach erklärt ihre Bereitschaft, im Rahmen des Resettlement-Programms der Bundesregierung maximal 5 Flüchtlinge aufzunehmen.

IN DER PRESSE

Veröffentlichte Meinungen

Das Thema Flüchtlinge nimmt im Blätterwald Baden-Württembergs einen marginalen Stellenwert ein. Dennoch gibt es ab und zu interessante Beiträge, auch im Oktober und November:

- das Schwäbische Tagblatt Tübingen berichtet seit dem Tag des Flüchtlings in loser Folge über "Flüchtlinge in Tübingen" - bereits fünf interessante Beiträge sind erschienen, u.a. ein [Bericht über eine palästinensische Familie](#), die seit fast zwei Jahren auf die Entscheidung im Asylverfahren wartet und trotz der Traumatisierungen der Mutter und eines Sohnes das Tübinger Lager nicht verlassen darf.
- eine ganze Seite widmet die Nürtinger Zeitung am 1. Oktober einem togolesischen Flüchtling, der seit 1996 in Deutschland lebt. Erst nach 10 Jahren Lagerleben in Brandenburg und BaWü erhielt er eine Aufenthaltserlaubnis. Der ausgebildete Jurist arbeitet nun als Hilfsarbeiter. Stichwort qualifizierte Zuwanderer.
- Die Stuttgarter Zeitung interessierte sich am 18. Oktober für eine irakische Familie, die über das Resettlement aufgenommen wurde. Bereits vor ca. einem Jahr, also kurz nach der Ankunft in Deutschland, wurde die Familie portraitiert. Es wird thematisiert, welche Schwierigkeiten, aber auch welche Fortschritte es beim Einleben in Deutschland gibt.

Mehr davon? Wenn in Ihrer Lokalzeitung ein interessanter Artikel erscheint, den wir vorstellen oder verlinken sollen, dann schicken Sie uns diesen bitte zu (als Link, PDF oder Papierkopie). Wir lesen regelmäßig die Stuttgarter Zeitung und die Südwest Presse (Tübingen), für weitere Abos reichen Geld und Zeit nicht.

2. THEMEN & INFORMATIONEN

THEMEN | BLEIBERECHT

Innenministerkonferenz stellt neue Bleiberechtsregelung in Aussicht

Die Vorschläge der Innenministerkonferenz vom 18./19. November für eine neue Bleiberechtsregelung stoßen auf breite Kritik (siehe auch unsere Pressemitteilung). Doch zunächst der Wortlaut des Beschlusses: *"Die Innenminister und -senatoren der Länder sprechen sich dafür aus, gut integrierten geduldeten Jugendlichen*

und Heranwachsenden eine eigene gesicherte Aufenthaltsperspektive zu eröffnen. Dazu müssen sie die Voraussetzungen entsprechend der sog. Wiederkehrproption (§37 AufenthG) erfüllen und aufgrund ihrer bisherigen Integrationsleistungen die Gewähr bieten, dass sie sich in die hiesigen Lebensverhältnisse einfügen werden. Die Eltern der Jugendlichen können ein Aufenthaltsrecht erhalten, wenn sie ausreichende Integrationsleistungen erbracht haben und durch eigene Leistungen den Lebensunterhalt überwiegend sichern können. Eltern bzw. Elternteile, die erhebliche Straftaten begangen haben, sind von dieser Regelung auszuschließen. ..." Pro Asyl kritisierte dies in einer [Presseerklärung](#) als "Minimallösung für Jugendliche" und forderte den Bundesgesetzgeber dazu auf, die von der IMK ignorierten Fragen aufzugreifen. In dem **zwölfseitigen Papier "Hier geblieben"** formuliert Pro Asyl "Anforderungen an eine neue Bleiberechtsregelung". Diese sind im Wesentlichen: Es darf keinen Stichtag geben - eine Regelung muss "rollierend" sein. Anforderungen an die Lebensunterhaltssicherung müssen realistisch sein - auch Sozialleistungsbezug und geringe Qualifikationen dürfen ein Bleiberecht nicht ausschließen. Dies gilt vor allem für Alte, Kranke, Behinderte... Auf sog. Ausschlußgründe sollte verzichtet werden - auch wer keinen Pass hatte oder einmal eine falsche Identität angab, sollte eine Chance bekommen. Wenn eine Person einmal straffällig wurde, darf nicht die ganze Familie bestraft werden. Es darf nicht zu Familientrennungen kommen.

Da die Vorschläge der Innenminister noch sehr vage waren, werden sie in Baden-Württemberg vorerst keine tatsächlichen Maßnahmen zur Folge haben. Dies teilte ein Vertreter des Innenministeriums dem Flüchtlingsrat in einem Schreiben mit.

THEMEN | ASYLBEWERBERLEISTUNGSGESETZ

Regelsätze des AsylbLG auf dem Prüfstand - jetzt will auch die Bundesregierung tätig werden

Die Bundesregierung plant eine Neufestsetzung der Leistungssätze des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG), da die aktuellen Sätze nicht unter Beachtung der verfassungsrechtlichen Anforderungen ermittelt worden seien. Dies teilte die Regierung in ihrer Antwort vom 10.11.2010 auf eine Große Anfrage der Fraktion Die Linke mit ([BT-Ds. 17/3660](#)). Offenbar geht die schwarzgelbe Regierung davon aus, dass die Regelsätze des AsylbLG nicht zu halten sind. Hintergrund ist das Urteil des BVerfG zu Hartz IV. Zu befürchten ist nun aber, dass es ähnlich wie bei Hartz IV nur zu geringfügigen (5 Euro!) Erhöhungen kommen könnte. Gefordert wird aber eine Anhebung der Leistungen, die dem sozialen Existenzminimum, also den Regelsätzen nach SGB II oder XII entspricht. Dies wäre gleichbedeutend mit einer Abschaffung des AsylbLG. Aktuell spielt die Bundesregierung auf Zeit, denn sie könnte die Neuberechnung der Leistungen für Flüchtlinge sofort durchführen. Thomas Hohlfeld, Mitarbeiter der Linksfraktion im Bundestag, hat eine [detaillierte Auswertung der Antwort der Bundesregierung](#) verfasst. Einen informativen Artikel zu diesem Thema brachte die [Süddeutsche Zeitung am 17. Oktober](#):

THEMEN | RESIDENZPFLICHT

Gesetzentwurf zur "Residenzpflicht"

Die Bundesregierung hat am 27. Oktober einen [Gesetzesentwurf zur Veränderung der sog. 'Residenzpflicht' \(AsylVfG\)](#) beschlossen. Dieser sieht vor, die räumlichen Beschränkungen für Asylsuchende mit Aufenthaltsgestattung bzw. mit Duldung zu erweitern. Ziel soll sein, den Zugang zum Arbeits- bzw. Ausbildungs-/Qualifizierungsmarkt zu erleichtern. Hintergrund dieses Entwurfs sind nicht humanitäre Gründe, sondern die „effizientere Schließung der (...) Fachkräftelücke“ und die „effizientere Bekämpfung von Leistungsmissbrauch“, wie dies im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU/FDP bereits vereinbart war. Die Wohnsitzbeschränkungen sollen, so die Regierungsparteien, unverändert bestehen bleiben. Flüchtlingsräte und Pro Asyl fordern eine generelle Aufhebung der Residenzpflicht statt halbgarer Lockerungen. In dem Gesetzespaket werden noch weitere migrationsspezifische Fragen behandelt, u.a. zur Zwangsheirat. Umfangreiche Informationen zur Residenzpflicht sowie einen [Kommentar zu dem Gesetzesentwurf der Regierung](#) finden Sie unter www.residenzpflicht.info

THEMEN | FRONTEX

Nicht nur im Hindukusch

Deutschlands Sicherheit wird nicht nur am Hindukusch verteidigt... sondern auch an den EU Außengrenzen. Seit Anfang November beteiligt sich Deutschland mit bis zu 40 BeamtInnen sowie technischem Gerät im

Rahmen eines FRONTEX Einsatzes an der griechisch-türkischen Grenze. Sie sollen in der Gegend um Orestiada als Teil der schnellen Grenzeingreiftruppe RABIT „angemessen auf den erheblichen Zustrom illegaler Migration reagieren“ (Pressemitteilung des BMI). Statt die letzten Zugangsmöglichkeiten für Flüchtlinge in die EU zu versperren fordert Pro Asyl ein Sofortprogramm der EU für Flüchtlinge aus Griechenland. In einem ersten [Beobachtungsbericht über diesen Einsatz](#) stellt Pro Asyl fest, dass die deutschen Beamten aufgrund ihrer Beteiligung an dem unwürdigen Umgang Griechenlands mit den Flüchtlingen (Inhaftierungen, Zurückschiebungen...) "in Konflikt mit dem Grundgesetz und ihrem Arbeitsethos kommen. Ein Polizist sprach von einem „moralischem Loch“ in das man fällt." Über die Situation in Griechenland und das bevorstehende Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu Griechenland-Rückschiebungen im Rahmen der Dublin II-Verordnung berichtet auch die Südwest Presse am 26. Oktober in einem von kritischem Denken recht freien Artikel, der die Ursache für die Situation in Griechenland primär bei den "Illegalen" und den Schleusern sieht.

THEMEN | BOTSCHAFTSVORFÜHRUNG SIERRA LEONE

Botschaftsvorführungen

Geduldete Flüchtlinge mit Staatsangehörigkeit von Sierra Leone wurden für den 16. November zu einer bundesweit organisierten - Botschaftsvorführung in eine Asylunterkunft nach München geladen. Unter ihnen waren auch drei Männer aus Ludwigsburg. Sie erhielten eine Verfügung des RP Karlsruhe, in der ihnen "unmittelbarer Zwang" angedroht wurde, wenn sie sich der polizeilichen Vorführung entziehen. Ein Betroffener, der noch nicht volljährig ist, mußte der Vorführung schließlich aber keine Folge leisten. Die anderen müssen nun mit einer baldigen Abschiebung rechnen. Laut Auskunft eines Rechtsanwalts hat das VG Magdeburg (5 B 206/10 MD) am 12.11.2010 eine Vorführung bei der Delegation Sierra Leone in München gestoppt und sich hierbei auf die Entscheidung des VG Bremen vom 8.1.2010, 4 V 1306/09 bezogen. Es sei nicht geklärt, ob es sich um "ermächtigte Bedienstete" handle. Der Vorsprachenordnungsbescheid der Ausländerbehörde müsse sich "zur Vorführproblematik verhalten"; der im Verfahren erfolgte ergänzende Hinweis der Bundespolizei auf die "Einladung auf diplomatischem Weg" sei schließlich nicht ausreichend, jedenfalls sei nähere Aufklärung erforderlich.

THEMEN | Roma-Flüchtlinge

Einstellung von Reisebeihilfen für freiwillige Rückkehrer

Das Land Baden-Württemberg hat mit einer Verfügung vom 25. Oktober Rückkehr- und Reisebeihilfen für serbische und mazedonische Staatsangehörige mit sofortiger Wirkung eingestellt. Anlaß war ein Bericht des Bundes-Innenministeriums, das von einer mißbräuchlichen Inanspruchnahme solcher Reisebeihilfen (200 Euro pro Erwachsener und 100 Euro pro Kind) ausgeht. Angeblich würden Asylsuchende aus diesen Ländern in letzter Zeit nach nur wenigen Monaten in Deutschland wieder ausreisen, um diese Rückkehrhilfen zu erhalten.

THEMEN | ABSCHIEBUNGEN

Charter-Abschiebungen nach Vietnam

Wie der [Flüchtlingsrat Berlin](#) berichtet, sollen am 29. November und am 6. Dezember jeweils 50 Menschen mit einer Sammelabschiebung zwangsweise von Berlin Schönefeld nach Hanoi abgeschoben werden: *"Die Flüchtlingsräte Berlin und Brandenburg verurteilen die Abschiebungen scharf und rufen zum Boykott der durchführenden Fluggesellschaft Aeroflot auf. Vietnam ist ein Land, in dem Bewegungs- und Versammlungsfreiheit nach wie vor strengen Kontrollen unterliegen und rechtsstaatliche Prinzipien nur eingeschränkt gelten. Vietnam ist ein armes Land, das immer noch unter den Folgen des Krieges leidet, der in Europa und den USA längst vergessen ist. Etwa die Hälfte der Menschen, die mit den beiden Flügen nach Vietnam gebracht werden sollen, ist derzeit in Berlin und Brandenburg in Abschiebehäft. Unter den Abschiebehäftlingen befindet sich Herr A., der in Berlin Frau und Kinder hat. Sein Anwalt bemüht sich, die Abschiebung und Familientrennung noch zu verhindern. Bei Frau T. ist der Versuch, die Abschiebung zu stoppen, gescheitert. Sie reiste ein, um ihren Freund zu heiraten, der in Deutschland als anerkannter politischer Flüchtling lebt. Die Ausländerbehörde ließ dem Standesamt aber keine Zeit, ihre Dokumente in Vietnam überprüfen zu lassen und verfügte die Abschiebung und Inhaftierung."*

THEMEN | ASYLZAHLEN

Weiter steigende Zugangszahlen

Nach der [aktuellen Statistik des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge](#) (BAMF) haben im Oktober 2010 4755 Menschen einen Asylantrag in Deutschland gestellt. Die Zunahme dürfte aber vor allem an der Aufhebung der Visumpflicht für Serbien und Mazedonien liegen, denn über 1800 Anträge kommen von Angehörigen dieser Staaten. Fluchtländer wie Afghanistan oder der Irak verzeichnen nur geringe Zuwächse. Im Vergleich zum Vorjahr sieht das BAMF eine Zunahme der Anträge von 42,9%

MATERIALIEN | MINDERJÄHRIGE FLÜCHTLINGE

Kindeswohl für minderjährige Flüchtlinge und Migranten

Ein neuer Reader des DRK und des Bundesfachverbands für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge vereint zahlreiche rechtspolitische Grundsatzbeiträge vom Begriff des Kindeswohls bis zum Kinderschutz als globale Aufgabe. Der politische Diskurs über die deutsche Rücknahme der Interpretationserklärung zur UN-Kinderrechtskonvention ist ebenso dokumentiert wie der Leitfaden des B-UMF und ein Positionspapier zum Handlungsbedarf steckt die politischen Ziele ab. Bestelladresse: Deutsches Rotes Kreuz, Generalsekretariat, Team Migration und Integration, Carstennstr. 58, 12205 Berlin.

MATERIALIEN | FLÜCHTLINGSRÄTE

"Der Schlepper" Herbst 2010 - Fluchtgrund Naher Osten

[Die neue Ausgabe des Magazins des Flüchtlingsrats Schleswig-Holstein](#) thematisiert vor allem die Fluchtgründe von Flüchtlingen aus dem Nahen Osten (Palästina, Syrien, Irak u.a.) und die dementsprechende deutsche Asylpolitik. Außerdem gibt es einen guten Kommentar zur sog. Integrationsdebatte (Sarrazin etc.) und eine Nachschau auf das erfolgreiche Bleiberechtsprojekt "Land in Sicht". Alle Beiträge gibt es als PDF zum Download.

Und hier noch der Link zum [PRO ASYL NEWSLETTER 164 vom November 2010](#) mit zahlreichen Informationen v.a. zur EU-Flüchtlingspolitik.

3. AKTUELLE TERMINE

 **Do, 02. Dezember., 19 Uhr, Heilbronn, Caritas-Zentrum**

Europäische Asyl- und Migrationspolitik

Referent: Andreas Linder, Flüchtlingsrat Ba-Wü. Veranstalter: Stadt Heilbronn, Integrationsbeauftragte.

 **Di, 07. Dezember, 19 Uhr, Hochschule Esslingen, Studium Generale**

Flüchtlingskinder in Deutschland nach der Rücknahme der Vorbehalte zur UN-Kinderrechtskonvention

Referentin: Angelika von Loeper, 1. Vorsitzende des Flüchtlingsrats BW.

 **Fr, 10. Dezember, 10 Uhr, Stuttgart-Sillenbuch, Flüchtlingsunterkunft**

Residenzpflicht in Baden-Württemberg | Pressekonferenz

Der Flüchtlingsrat, die AG 3.Welt Stuttgart und der Paritätische Baden-Württemberg wenden sich zu diesem Thema an die Medien

Fr, 11. Dezember, Stuttgart, Jugendherberge

"Aufeinander zugehen statt ausgrenzen"

Die Fachtagung des Paritätischen Baden-Württemberg gemeinsam mit der Türkischen Gemeinde Deutschland thematisiert interkulturelle Fragen der sozialen Arbeit in Altenhilfe, Gesundheitsbereich und Behindertenhilfe. Als Referenten kommen auch Ulrich Goll (Justizminister und Integrationsbeauftragter) sowie Kenan Kolat, Bundesvorsitzender der TGD. Mehr Infos: www.paritaet-bw.de

Fr, 10. - So, 12. Dezember, Bad Boll, Ev. Akademie

Kurdische Kinder und Jugendliche [\[Programm und Anmeldung\]](#)

Thematisiert werden sollen "Identitätssuche, Kulturbrüche und Perspektiven in Kurdistan und Deutschland



21. und 22. Januar 2011, Bad Boll, Ev. Akademie

Flüchtlingsschutz in Deutschland. Nationale Verfahren, europäische Standards [\[Programm und Anmeldung\]](#)

Tagung der Ev. Akademie Bad Boll, des Diakonischen Werks Württemberg und des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg. Welchen Einfluss haben europäische Regelungen und europäische Rechtsprechung auf das nationale Asylverfahren? Wie gestaltet sich die Entscheidungspraxis des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bei zunehmender europäischer Harmonisierung des Asylbereichs? Welche Rechtswege stehen den Asylbewerbern offen? Entscheidet der Reiseweg des Flüchtlings über seine Asylanerkennung? Als Referenten kommen u.a. Julia Duchrow (ai, Berlin), Rechtsanwalt Berthold Münch (Heidelberg), Vertreter des BAMF aus Karlsruhe und Nürnberg.



1. Januar - 9. April

Tour der 1000 Brücken

Der Liedermacher Heinz Ratz fährt 7000 KM mit dem Rad durch Deutschland gegen Diskriminierung und Ausgrenzung. Er gibt zusammen mit der Band "Strom und Wasser" 70 Konzerte für eine menschliche Flüchtlingspolitik. Vom 25. März bis zum 2. April fährt er durch Baden-Württemberg. Die Stationen sind: Heidelberg, Schwäbisch Hall, Karlsruhe, Freiburg, Lörrach, Lindau, Reutlingen und Stuttgart. Der Flüchtlingsrat wird die Tour begleiten und voraussichtlich (streckenweise) Rad-Mitfahrten organisieren und in den Kulturzentren mit Infoständen präsent sein.



Sa, 12. März, 10 - 18 Uhr, Stuttgart, Ort steht noch nicht fest

FLÜCHTLINGE HABEN EINE STIMME! | KONFERENZ VON FLÜCHTLINGEN IN STUTTART

Nähere Informationen ab ca. Januar!



Sa, 2. April, 10 - 18 Uhr, Stuttgart, Friedensgemeinde, Schubartstr.14

FLÜCHTLINGSRAT BW | TAGUNG MIT PLENUM

Informationen und Anmeldung ab ca. Februar!

Hinweise auf überregionale Veranstaltungen:

Fr, 10.12. Internationaler Tag der Menschenrechte

Fr, 2. - So, 4. März 2011 Katholische Akademie Berlin

VII. Jahrestagung Illegalität

Veranstalter: Katholisches Forum "Leben in der Illegalität", Rat für Migration

Haben Sie Interesse an einer Veranstaltung mit VertreterInnen des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg?

Unsere Referentinnen und Referenten kommen im Rahmen des Fortbildungsprogramms des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg mit ihren Vorträgen gerne zu einem vereinbarten Termin zu Ihnen. Auf unserer Website finden Sie eine [Übersicht über die Veranstaltungen](#), die wir anbieten. Darüber hinaus sind wir für weitere Themen offen. Bitte melden Sie sich bei Interesse bei der Geschäftsstelle.

Impressum

FLÜCHTLINGSRAT BADEN-WÜRTTEMBERG

Geschäftsstelle, Urbanstr. 44 - 70182 Stuttgart

Tel.: 0711 - 55 32 83-4 -- Fax.: 0711 - 55 32 83-5

E-Mail: info@fluechtlingsrat-bw.de

Web: www.fluechtlingsrat-bw.de

Redaktion: Andreas Linder, Laura Gudd

Dieser Newsletter erscheint mit Unterstützung von



Europäische Union
Europäischer Flüchtlingsfonds



UNO-Flüchtlingshilfe

**Solidarität braucht Solidarität!**

Unterstützen Sie unsere politische und praktische Arbeit für Flüchtlinge durch eine Spende an:

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg, BW Bank, BLZ 600 501 01, Kto: 35 17 930